

Riesaer Tageblatt

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa.
Berner Str. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherweise bestimmte Blatt.

Poststedtorto:
Dresden 1530.
Girokasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 174.

Dienstag, 29. Juli 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Guilloche. Für den Fall des Eintretens von Produktionsunterbrechungen, Schließungen der Börse und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 2 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gemühe für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für bewilligter Rabatt erhält, wenn der Bezug versäumt, durch Flage eingesogen werden muss oder der Auszugsgeber in Konkurs gerät. **Gebühren und Straffungsort**: Riesa. **Rechtslage**: Feste Tarife. **Erhöhung an der Elbe**. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranlagen oder der Vertriebsanstaltungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. **Notationsdruck und Verlag**: Langer & Winterlich, Riesa. **Verlagsstelle**: Goethestraße 59. **Verantwortlich für Redaktion**: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Partei der Jugend.

Von Oskar Müller, Ministerialdirektor a. D.

Die Gründung der Deutschen Staatspartei ist vielen überraschend gekommen, die nach der Verwirrung im bürgerlichen Lager nicht mehr damit gerechnet hatten, daß die zur Sammlung drängenden Elemente sich gegen das Beharrungsvermögen der alten Parteiorganisationen in der kurzen Frist noch durchsetzen könnten, die bis zu den Reichstagswahlen bleibt. Die Not der Zeit und das über den Parteidienst hinausreichende Verantwortungsbewußtsein einiger Führer hat es schließlich doch fertig gebracht, das Neue zu schaffen, nach dem weite Schichten des Bürgertums seit langem rufen. Wir wollen nicht verlernen, daß dieses Bestreben auch dem Sammungsbegriff zugrunde gelegen hat, den färschlich der volksparteiliche Führer Dr. Scholz an die Parteien der bürgerlichen Mitte mit Ausnahme des wahlrechtlich gebundenen Zentrums gerichtet hatte. Aber sein Ruf hatte, wie sich bald herausstellte, den Fehler, daß er an die Parteien als solche und an ihre festgestellten Organisationsformen regte und so nur zwei Wirkungen hätte haben können: entweder hätten sich die befragten Parteien zu einem Wahlbündnis zusammenstellen können, das unter Vermeidung gegenwärtiger Befämpfung und unter Benutzung der Pistenverbindung vielleicht später Wiederholung zu verzeichnen gehabt hätte; oder aber, es wäre, was weniger wahrscheinlich ist, zu einer Fusion der sich programmatisch nahestehenden Parteien gekommen, was im besten Falle eine Abdication der bisher in diesen Parteien ausgebildeten politischen Kräfte geworden wäre. Ein werbender Charakter, ein Appell an die vielen des Parteidienstes Überdrüssigen und den alten Parteien mit eingewurzelter Steifnis gegenüberstehenden jüngsten Elementen der Wählerschaft wohnte jedenfalls diesem Einigungsbüro nicht an: es war nicht das, wonach vor allem die Jugend verlangt, die heute auf dem Scheitelpfad zwischen politischem Radikalismus und völliger Indifferenz dem Staat gegenübersieht.

Die Gründer der neuen Partei sind deswegen mit Vorbedacht und, wie zu hoffen ist, mit Erfolg einen andern Weg gegangen. Es ist den Beobachtern der geistig-politischen Bewegungen der letzten Zeit nicht verborgen geblieben, daß eine gewisse Schicht der aus dem Kriege in das neue Deutschland hineingewachsenen Jugend, nämlich die im jungdeutschen Orden organisierte, eine immer deutlicher werdende positive Einstellung zum neuen Staat in ihrer Führung ertrug und bei ihren Mitgliedern durchzusehen wußte. Es sind dies jene Elemente der deutschen Jugend, die an den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Voraussetzungen des deutschen Bürgertums festhalten und deshalb die Wege nicht billigten, welche die andern aus und nach dem Kriege entstandenen Wehr- und Jugendverbände einzuschlagen. Man mag die organisatorische Kraft dieses jungdeutschen Ordens höher oder niedriger einschätzen, sicher ist, daß er der einzige aus dem Welt- und Erneuerungsgedanken hervorgegangene Bund der Jugend ist, der in dem Staat, so wie er ist, mitarbeiten will und sich die Verteidigung und Erhaltung der politischen, wirtschaftlichen und geistigen Interessen des Bürgertums zur Aufgabe setzt. Es lag deshalb nahe, daß die jüngsten Elemente des demokratischen und liberalen Bürgertums, die sich der demokratischen Partei und der Volkspartei zwar angegeschlossen hatten, aber in dieser erstarkten Parteien keine reale Befriedigung fanden, mit dieser geistig-verwandten, aber parteipolitisch nicht gebundenen Schicht des jungdeutschen Ordens Fühlung suchten und fanden. Diese Annäherung stammt nicht von heute und gestern, sondern war schon seit längerer Zeit deutlich. Die Erfahrbarkeit, daß das Bürgertum in der jeweiligen Parlaments- und Staatsräte politisch nahezu völlig außer Aktion geblieben, jedenfalls keinen maßgebenden Einfluß an der Gestaltung der deutschen Zukunft einüben werde, hat dieser Annäherungsbewegung nur den letzten Impuls und die entscheidende äußere Form gegeben.

Die Entstehungsgeschichte der neuen Partei, wie sie hier kurz skizziert ist, zeichnet sich deutlich ab in den Personengruppierungen, die vorläufig hinter dem Aufruf der Staatspartei stehen. Der mitbetiligte Führer der demokratischen Partei, der Abgeordnete Koch-Weser, hat ausdrücklich versichert, daß die Gründung ohne Vorwissen und Mithilfe der demokratischen Partei-Anhänger vor sich gegangen ist, und es ist bezeichnend für den, wenn man so will, parteidienstlichen Charakter des Vorgangs, daß der demokratische Abgeordnete Lemmer, der bis vor kurzem Führer der Demokratischen Jugendorganisation war, den Aufruf gemeinsam unterzeichnet hat mit Politikern, die bisher in der zulsparteiischen oder deutschnationalen Jugend- und Gewerkschaftsbewegung standen. Das eine Reihe von Persönlichkeiten, die dem parteidienstlichen Leben bisher fernstanden, sich der neuen Partei zur Verfügung gestellt haben, ist ein Zeichen dafür, daß von ihr auch, abgesehen von der Jugend, Schichten der bürgerlichen Gesellschaft erfaßt werden können, die bisher wohl das Hauptinteressenten der jüngsten Partei der Richtwähler stellen, die man mit Recht als die größte bezeichnet hat.

In dieser Hoffnung einer stärkeren politischen Aktivierung des Bürgertums liegt die Rechtfertigung und die Aussicht der neuen Partei. Es wäre deshalb zu wünschen, daß die lebende Bekleidung, die ein höher Charakterzug unseres politischen Lebens ist, zurücktritt vor der Anerkennung des großen Zweckgedankens, den die neue Partei hat. Diese Mahnung sollte vor allem in der Deutschen Volks-

Für und gegen die Gründung der Deutschen Staatspartei.

Deutsche Volkspartei gegen Staatspartei.

* Berlin. Die Nationalliberale Korrespondenz, der parteiamtliche Pressedienst der Deutschen Volkspartei, nimmt zu der Gründung der Deutschen Staatspartei Stellung und stellt fest, daß niemand von denjenigen, die die neue Partei gründeten, überhaupt an die Deutsche Volkspartei eine Frage gerichtet habe. Die Tatsache der vollzogenen Gründung sei durch den demokratischen Parteidienst Koch-Weser und den jungdeutschen Ordenstänzer Bornemann lediglich dem Vorsitzenden und einigen Mitgliedern der Reichsgemeinschaft junger Volkspartei mit der Auflösung zur Kenntnis gebracht worden, sich unverzüglich für oder wider das neue Parteigebilde zu entscheiden, was die Beteiligten selbstverständlich abgeschauten. Die Deutsche Volkspartei steht noch wie vor auf dem Standpunkt, daß es nicht darauf ankomme, der kann neuerdings konservative Neigungen mit denkbarer Verstärkung eine republikanische bürgerliche Linke entgegenzustellen und das deutsche Staatsbürgertum auf dem Wege einer solch eigenartigen Sammlung wieder erneut in eine Rechte, eine Mitte und eine Linke mit allen möglichen Zwischenstufen aufzuweisen. Sondern es komme darauf an, die denkbar grösste staatsbürglerliche Einheitsfront herzustellen. Sie halte deshalb an ihren umfassenden Sammlungsbemühungen fest und werde auch Herrn Koch-Weser, wenn er, wie zugesagt, zu diesen Versprechungen erscheine, die erforderlichen Fragen vorlegen. Die Deutsche Volkspartei habe nur ein staatspolitisches Ziel. Von diesem übergeordneten Standpunkt gesehen, können aber die erfolgte allgemeine Umsturz der Demokratischen Partei unter Mitwirkung der Jungdeutschen und die damit erfolgte Gründung einer neuen Partei nur als Zeichen einer weiteren Besplittung betrachtet werden, denn gerade an neuen Parteien fehle es uns nicht. Es handele sich um eine Sonderaktion, deren Ziel nicht der Zusammenschluß des Bürgertums sei, sondern zunächst eine Rettung und Sicherung demokratischer Mandate mit Hilfe des Jungdeutschen Ordens.

Eine Erklärung der Deutschen Staatspartei.

* Berlin. Die Führung der Deutschen Staatspartei teilt mit:

Die Leitung der Deutschen Volkspartei hat angefangen der Gründung der Deutschen Staatspartei nichts anderes zu sagen, als daß sie die umgestaute Deutsche Demokratische Partei sei. Wie eine solche Bedeutung gegenüber einer Bewegung gewagt werden kann, der eine Reihe bisher der Rechten angehöriger Politiker wie der Gemeinschaftsführer Baltzschus und der Handelskammerverordneten Schäffer-Minden angehören und zu der sich bereits im Gründungsauftrag mehrere namhafte junge deutsche Volkspartei-Mitglieder befinden, wie Dr. Eidenburg, Freiherr Koch von Rheinbaben und Dr. Winkler, überlassen wir dem Urteil der Öffentlichkeit. Wir stellen fest, daß bereits jetzt Zustimmungsdeklarationen führender Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei aus dem Laufe vorliegen, z. B. die des Textilfabrikanten Hans Croon-Lachen und des Geschäftsführers der Nächener Arbeitgeberverbände, Stadtverordneten Dr. Bier vogel-Lachen. Solche Erklärungen liegen vor, ohne daß bisher irgendwelche Beitrittsaufrückerungen ergangen sind.

Die Demokratische Partei und die Gründung der Staatspartei.

* Berlin. Der parteioffizielle demokratische Zeitungsdiest äußert sich über die Stellungnahme der demokratischen Partei zu der Gründung der Deutschen Staatspartei u. a. folgendermaßen:

Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei tritt am Mittwoch zusammen, und wird dann die Entscheidung darüber fällen müssen, wie sich die möggebende Parteinstanz zu diesem Entschluß führender Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei stellt. Es gilt, zu entscheiden, ob jetzt der Augenblick gekommen ist, in einem grösseren Rahmen demokratisches Gedankengut einzubringen und demokratisches Gedankengut erneut politisch zu aktivieren. Demokratische Führer haben von sich aus diese

Partei bevorzugt werden, deren erste parteioffizielle Reaktion nicht gerade sehr freundlich war. Aber wir erinnern daran, daß der volksparteiliche Führer Dr. Scholz noch vor einigen Monaten in Mannheim den grossen und weitesten Ausspruch getan hat, daß er jede, wie immer geartete Sammlung des liberalen und demokratischen Bürgertums begrüßen und an seiner persönlichen Empfindlichkeit weitern lassen werde. Der Weg, den er eingeslagen wollte, hat sich als ungängbar erwiesen, aber ein anderer Weg ist jetzt gezeigt. Wenn der Sinn der politischen Stunde darin liegt, daß das Bürgertum angesichts der lebenswichtigen Aufgaben der deutschen Politik zu zeigen habe, daß es kein Interessenhausen, sondern ein staatsbewußtes Element ist, so ist dafür jetzt die Form in der „Deutschen Staatspartei“ gefunden.

Entscheidung gefällt und die Frage nach der Zweidimensionalität des Augenblicks bejaht. Sie werden in der Parteiausschübung dafür gerade stehen und für ihre Ausschüsse lämpfen. Für den Parteidienst werden entscheidend die Auskünfte darüber sein, wer in der neuen Partei führt und was die Partei erstrebt. Der Aufruf gibt über das Programm Auskunft. Natürgemäß werden zu einem solchen Aufruf noch politische Ergänzungen notwendig sein, aber in dem Aufruf ist nichts, für das nicht auch in der demokratischen Partei geklärt worden ist. Vor allem wird der Parteiausschübung darüber zu entscheiden haben, ob hier eine politische Entwicklung in ihrer Gesamtheit angebahnt ist, die für das Vaterland notwendig erscheint. Man darf wohl sagen, daß für die meisten Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei die Eingliederung in ein neues und größeres Parteigebilde ein Opfer bedeutet. Wenn von ihnen jetzt das Opfer verlangt wird, dann müssen die Männer und Frauen, die der demokratischen Partei angehören und jetzt den Entschluß zur Gründung einer Deutschen Staatspartei mitgesetzt haben, am Mittwoch im Reichstag die Gewissheit dafür geben, daß sich das Opfer alter Kampfgruppen lohnt, und daß innerhalb dieser Deutschen Staatspartei der demokratische Gedanke in der Zukunft verwirklicht wird.

Die Sammelaktion der Deutschen Volkspartei

Berlin, 29. Juli.

Wie wir erfahren, hat der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, von allen Parteien der Mitte, denen er in dem bekannten Brief den Vorschlag eines engeren Zusammenschlusses gemacht hatte, nunmehr die Antworten vorliegen. Sie behandeln den Gedanken im Prinzip durchaus sympathisch. Nach der Auffassung führender Kreise der Deutschen Volkspartei ist damit die Möglichkeit gegeben, die Aktion weiter zu verfolgen. Deshalb beabsichtigt Dr. Scholz am Mittwoch Nachmittag mit den Führern der Wirtschaftspartei, der Demokratischen Partei und der Deutsch-Konservativen zusammenzukommen, um die weiteren Möglichkeiten in mündlichen Besprechungen zu erörtern. Es ist anzunehmen, daß die Einladung zu dieser Sitzung bereits ergangen ist. Ob sie in dieser Form zustande kommt, nachdem die Gründung der Deutschen Staatspartei vollzogen ist, muß freilich abgewartet werden.

Bereitende Sitzung des Zentrums.

* Berlin. Die Vertreter der Landesorganisation des Zentrums, die Parteibeamten und Vertreter der Zentrumspressen trafen gestern vormittag zu einer Beratung zusammen, die den kommenden Wahlen zur Bereitstellung diente. Es wurden in dieser Konferenz alle sachlichen und taktischen Fragen des kommenden Wahlkampfes erörtert. Eingeleitet wurde die Beratungen durch einen Redebrief des Parteidienstes, Prälat Dr. Raas, der noch einmal auf die Gründe hinwies, die zur Aufführung des Reichstagsführers hinwiesen, die zur Aufführung des kommenden Wahlkampfes hervorholte. Neben ihm kamen noch als führende Abgeordnete Jos. Eßer und Berlinius zu Worte, die die verschiedenen Fragen berührten, die die einzelnen Bevölkerungsschichten und Stände besonders interessierten. Auch Reichskanzler Dr. Brünning nahm das Wort und belehrte die verschiedenen Gesichtspunkte der Politik der letzten Monate. Er gab über manche Punkte der Regierungspolitik und Fraktionspolitik und ihre Erfolge Auskunft und betonte, daß die kommende Wahl nahezu historische Bedeutung habe. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald sprach über die sozialen Fragen, die seinen Bessoris als Reichsarbeitsminister unterstellt sind, vor allem die Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung, usw.

Bei der Diskussion kamen zahlreiche Vertreter aus dem Lande zu Worte. Die Versammlung war sowohl aus den Kreisen der Abgeordneten des Reichstages und des preußischen Landtags, als auch von Vertretern der Partei außerordentlich zahlreich besucht.

Im Laufe des Nachmittags schlossen sich an diese Sitzung noch Sonderberatungen der Presse, der Landesvorständen und der Parteibeamten an.

Der Generalstreik in Lille ausgerufen.

* Paris. Die Textilarbeiter in Lille haben am Montag den Generalstreik ausgerufen. In einer Entschließung erklären sich die Arbeiter mit der Durchführung der Sozialversicherung einverstanden und begründen die geordnete Lohnhöhung mit der dauernden Steigerung des Lebensunterhaltes. Es streiken insgesamt 16.000 Arbeitwilligen.

Einweihung eines Hermann Löns-Denkmales.

Auf dem Rohrstein in den Thürster Bergen bei Hameln wurde ein Löns-Turm zum Gedächtnis des Heimatdichters geweiht.